

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

II. Quartal 2016

Wirtschaftschronik. II. Quartal 2016

In Großbritannien trifft die Entscheidung der Wahlberechtigten für den Austritt aus der Europäischen Union die Regierung und die politischen Institutionen unvorbereitet. Der vom Internationalen Währungsfonds geforderte Schuldenerlass für Griechenland wird von den Euro-Geberländern abgelehnt. Die Enthüllung der Panama Papers macht legale und illegale Praktiken von Offshore-Dienstleistungsanbietern transparent. – Nach dem Rücktritt von Werner Fayman folgt Christian Kern als österreichischer Bundeskanzler. Die Bedingungen für die HETA-Gläubiger sollen durch ein Memorandum of Understanding mit der Republik Österreich verbessert werden. Bei Annahme könnten die Gläubiger 90% des Nominales erhalten.

Calendar of Economic Events. Second Quarter 2016

In the UK, the voters' choice to leave the European Union caught political institutions off their guard. The debt relief for Greece called for by the International Monetary Fund was rejected by the euro donor countries. The Panama Papers disclosures illuminated legal and illegal practices of offshore service providers. – After Werner Faymann's resignation, Christian Kern succeeded to the post of Austrian chancellor. The terms for the HETA creditors were to be improved by a memorandum of understanding concluded with the Republic of Austria which, if accepted, would grant creditors a dividend of 90 percent.

Kontakt:

Mag. Angelina Keil: WIFO, Arsenal, Objekt 20, 1030 Wien, Angelina.Keil@wifo.ac.at

JEL-Codes: D02, E02, N00 • **Keywords:** Chronik, Institutionen, Österreich, EU, international, Wirtschaftspolitik

Abgeschlossen am 30. Juni 2016.

Begutachtung: Christian Glocker

1. Ausland

1. April: Aufgrund der weltweiten Konjunkturrisiken und der wiederkehrenden Deflation verschiebt Japan die geplante Anhebung des Umsatzsteuersatzes von 8% auf 10% auf Oktober 2019.

Japan: Umsatzsteuer

3. April: Durch ein Datenleck des panamaischen Offshore-Dienstleisters Mossack Fonseca gelangen 11,5 Mio. Dokumente ("Panama Papers") an die Öffentlichkeit. Die von Medien aus 76 Ländern aufbereiteten Papiere enthüllen die Praktiken und Strategien der Steuervermeidung durch Briefkastenfirmen in Steueroasen, Geldwäschestrategien und Umgehung von UNO-Sanktionen. Wegen einer früheren Beteiligung an einer Offshore-Firma tritt der isländische Ministerpräsident Gunnlaugsson am 2. April 2016 zurück.

Panama Papers

6. April: In den Niederlanden lehnen 61% der Stimmberechtigten in einem konsultativen Referendum eine EU-Assoziierung der Ukraine ab. Die anderen 27 EU-Länder haben das Abkommen bereits ratifiziert.

*Niederlande: EU-Assoziierung
Ukraine*

7. April: Wegen der Energiemangel und der häufigen Stromausfälle verkürzt die Regierung Venezuelas die Arbeitswoche: Der Freitag wird für zwei Monate zum Feiertag erklärt.

Venezuela: Arbeitswoche

22. April: Das deutsche Kraftfahrt-Bundesamt stellt bei fast allen Automodellen eine Überschreitung der Obergrenze für den Ausstoß von Stickoxiden während weiter Betriebsbereiche fest, da die Abgasreinigung unter Ausnutzung einer Gesetzeslücke deaktiviert wurde. Neben Audi, Mercedes, Opel, Porsche und Volkswagen sind auch die Hersteller Alfa, Chevrolet, Dacia, Fiat, Ford, Hyundai, Jaguar, Jeep, Land Rover, Nissan, Renault und Suzuki betroffen. Einzig die von Volkswagen verwendete

*Deutschland: Manipulation
Emissionen*

Software wird als illegal bezeichnet. Von den 53 untersuchten Modellen mit Dieselmotor blieben 27 Modelle im gesetzlichen Rahmen.

EU: Benchmarks

28. April: Das Europäische Parlament verabschiedet eine Verordnung zur Regulierung von Benchmarks. Institutionen, die Referenzpreise wie die London Interbank Offered Rate (Libor) oder die Euro Interbank Offered Rate (Euribor) erstellen, müssen von einer nationalen Behörde unter Koordination der EU-Wertpapierbehörde (ESMA) zugelassen, registriert und überwacht werden. Zur Erstellung der Benchmark müssen Daten in ausreichender Menge herangezogen werden.

EZB: 500-Euro-Scheine

4. Mai: Die Europäische Zentralbank stellt die Produktion und Ausgabe der 500-Euro-Scheine ein. Die bisher ausgegebenen Banknoten bleiben gesetzliches Zahlungsmittel und behalten auf Dauer ihren Wert. Sie können unbefristet bei den Zentralbanken der Euro-Länder umgetauscht werden.

Griechenland: Pensionsreform, Steuerreform

8.-9. Mai: Das griechische Parlament verabschiedet eine Pensionsreform und eine Einkommensteuerreform. Die Reformen sind Voraussetzung, um eine weitere Auszahlung aus dem dritten Hilfspaket der Euro-Länder zu erhalten. In Demonstrationen und Streiks zeigt die Bevölkerung ihre Ablehnung weiterer Einsparungsmaßnahmen.

Frankreich: Arbeitsmarktreform

12. Mai: Die Gesetzesvorlage zur Arbeitsmarktreform in Frankreich ist Anlass für einen Misstrauensantrag gegen die Regierung sowie für Demonstrationen und Streiks. Um die Wettbewerbsfähigkeit und die Beschäftigung zu steigern, sollen Arbeitszeit und Urlaubsregelungen nach anfallendem Arbeitsvolumen und im sozialpartnerschaftlichen Dialog über Betriebsvereinbarungen flexibilisiert werden. Unbefristete Arbeitsverträge sollen für die Unternehmen durch die Möglichkeit der betriebsbedingten Kündigung attraktiver werden.

EU: Europäisches Semester

18. Mai: Die Europäische Kommission veröffentlicht die länderspezifischen Empfehlungen 2016 und empfiehlt dem Rat mit Blick auf die jüngsten Daten, die Defizitverfahren gegen Zypern, Irland und Slowenien einzustellen. Obwohl Belgien, Italien und Finnland vom Referenzwert für den Schuldenstand abzuweichen scheinen und die zu seiner Erreichung notwendigen Anstrengungen nicht in angemessenem Tempo unternehmen, kommt die Kommission nach Analyse der relevanten Daten zu dem Schluss, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt derzeit als erfüllt gelten soll. Portugal und Spanien wird eine dauerhafte Korrektur des übermäßigen Defizits in den Jahren 2016 bzw. 2017 empfohlen. Zu diesem Zweck sollen die erforderlichen Strukturmaßnahmen ergriffen und unerwartete Mehreinnahmen für den Defizit- und Schuldenabbau eingesetzt werden. Diesbezüglich wird die Kommission Anfang Juli erneut prüfen.

EU: Griechenland 3. Hilfspaket

25. Mai: Die Finanzminister der Euro-Länder einigen sich auf eine weitere Auszahlung von 10,3 Mrd. € des dritten Hilfspaketes an Griechenland in zwei Tranchen. Sie sagen Schuldenerleichterungen in Form von Verlängerungen der Laufzeit und der rückzahlungsfreien Periode zu. Der Internationale Währungsfonds, der an den ersten zwei Hilfspaketten beteiligt war, wird Ende 2016 über eine Beteiligung am dritten Hilfspaket entscheiden. Um die Schuldenlast für Griechenland tragbar zu gestalten, strebt der Fonds weitere Schuldenerleichterungen an. Jedoch wird ein nomineller Schuldenerlass von den Euro-Ländern abgelehnt.

G 7: Flüchtlingskrise

26.-27. Mai: Anlässlich des Treffens der Staats- und Regierungsoberhäupter von Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, Großbritannien, den USA und der EU (G 7) in Ise-Shima (Japan) wird eine weltweite Lösung der Migrations- und Flüchtlingskrise im Nahen Osten gefordert. Sie sagen zu, die Hilfsleistungen und die Aufnahmebereitschaft zu erhöhen, und fordern die beteiligten Institutionen zur Aufstockung der Hilfsleistungen auf. Die legalen Migrationswege müssen gefördert werden. Neuansiedlungsregelungen müssen geschaffen werden. Eine Erklärung zu einer Wirtschaftspartnerschaft zwischen der EU und Japan wird angenommen. Verhandlungen über das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) und das Freihandelsabkommen zwischen Japan und der EU sollen aufgenommen werden.

OPEC: Erdölfördermengen

2. Juni: Anlässlich des OPEC-Treffens lehnt der Iran eine Einschränkung der Erdölfördermengen ab. Angestrebt wird ein System mit einer gesonderten Förderquote für jedes Land, die Fördermengen (derzeit 2 Mio. Barrel pro Tag) sollen auf das Niveau vor der Verhängung der Sanktionen (4 Mio. Barrel pro Tag) erhöht werden.

8. Juni: Das Ankaufsprogramm der Europäischen Notenbank (EZB) beginnt (Corporate Sector Purchase Programme – CSPP): Die Notenbanken der Euro-Länder werden im Namen der EZB Anleihen von Unternehmen und Versicherungen (nicht von Banken) mit einem Rating von mindestens BBB und einer Restlaufzeit von 6 Monaten bis 30 Jahren bis zu einer Obergrenze von 70% der Emission auf dem Primär- und Sekundärmarkt ankaufen.

EZB: Ankaufsprogramm CSPP

Das deutsche Bundesverfassungsgericht weist Klagen gegen das Outright-Monetary-Transactions-Programm (OMT) der Europäischen Zentralbank zurück. Die EZB darf daher weiterhin mit deutscher Beteiligung Euro-Länder mit akuten Finanzierungsproblemen durch den Ankauf von Staatsanleihen stützen, solange das Volumen der Ankäufe im Voraus begrenzt ist, die Käufe nicht angekündigt werden und die Schuldtitel nur so lange gehalten werden, wie es für die Stabilisierung der Krise eines Staates notwendig ist¹⁾.

Deutschland: EZB
OMT-Programm

21. Juni: Die EU-Länder einigen sich auf die Grundsätze für eine neue Richtlinie zur Bekämpfung der Steuervermeidung von grenzüberschreitend agierenden Unternehmen (Anti Tax Avoidance Directive – ATAD): Gewinne sollen in jenem Land besteuert werden, in dem sie entstehen, die Steuertransparenz dieser Betriebe soll erhöht und Doppelbesteuerungsrisiken der Unternehmen eingedämmt werden. Nach Berechnungen des wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments entgehen den EU-Ländern durch die Steuervermeidung der Unternehmen insgesamt jährlich 50 bis 70 Mrd. € an Steuereinnahmen.

EU: Anti Tax Avoidance
Directive

23. Juni: In Großbritannien stimmt die Bevölkerung mit 51,9% für einen Austritt aus der Europäischen Union ("Brexit"). Die Wahlbeteiligung liegt bei 72,2%.

Großbritannien: "Brexit"

25. Juni: Anlässlich eines Besuches des russischen Präsidenten Putin in China werden Wirtschaftsabkommen mit einem Investitionsvolumen von 50 Mrd. \$ unterzeichnet. Zu den vorgesehenen Projekten gehört der gemeinsame Bau eines Langstreckenflugzeuges, die Finanzierung einer Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Moskau und Kazan durch China sowie Kooperationen im Energie- und Infrastrukturbereich. 2015 schrumpfte der Handel zwischen den beiden Ländern um 30%.

Russland, China: Wirtschafts-
abkommen

26. Juni: Die neu ausgebauten Teile des Panamakanals werden eröffnet. Die Erweiterung macht die Durchfahrt von Großfrachtern mit einer Ladung bis 14.000 Container möglich.

Panamakanal

28. Juni: Im europäischen Parlament findet eine Sondersitzung zu Thema "Brexit" statt. Kommissionspräsident Juncker fordert Großbritannien auf, so schnell wie möglich den Austritt aus der EU zu erklären, um keine längeren Phasen der Unsicherheit entstehen zu lassen. Solange Großbritannien nicht rechtsverbindlich seinen Austritt erklärt, werde die EU keine Verhandlungen über die Zeit nach dem Austritt führen.

Europäisches Parlament:
"Brexit"

28.-29. Juni: In Anwesenheit des englischen Premierministers Cameron beginnt das informelle EU-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungsoberhäupter. In der abschließenden Erklärung bedauern die 27 EU-Länder den Ausgang des EU-Referendums in Großbritannien. Grundlage für den geordneten Austritt Großbritanniens aus der EU ist Art. 50 des Vertrages über die Europäische Union (EUV). Demnach muss Großbritannien dem Rat der Europäischen Union mitteilen, dass es aus der Union auszutreten beabsichtigt. Davor sind keine wie immer gearteten Verhandlungen möglich. Die 27 Mitgliedsländer hoffen, dass Großbritannien ein enger Partner der EU sein wird. Jedes Abkommen mit Großbritannien als Drittstaat muss auf einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Rechten und Pflichten basieren. Die Voraussetzung für den Zugang zum Binnenmarkt ist die Akzeptanz aller vier Freiheiten.

EU-Gipfeltreffen: "Brexit"

Als historische Leistung der Union werden Frieden, Wohlstand und Sicherheit auf dem europäischen Kontinent hervorgehoben. Jedoch erwartet die Bevölkerung eine Verbesserung in den Bereichen Sicherheit, Beschäftigung und Wachstum. Eine politische Reflexion soll Impulse für die Weiterentwicklung der EU 27 geben.

¹⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. II. Quartal 2015", WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(7), S. 568, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/58251>.

Russland: Türkei-Sanktionen

29. Juni: Der russische Präsident Putin hebt die wirtschaftlichen Sanktionen gegenüber der Türkei auf²⁾.

2. Österreich

HETA-Abwicklung

10. April: Die Finanzmarktaufsicht gibt die Maßnahmen zur Abwicklung der HETA Asset Resolution AG bekannt: Für alle nachrangigen Verbindlichkeiten wird ein Schuldenschnitt von 100% und für alle berücksichtigungsfähigen vorrangigen Verbindlichkeiten ein Schuldenschnitt um 53,98% auf 46,02% erlassen. Gestrichen werden alle Zinsansprüche ab 1. März 2015, als die HETA unter Abwicklung gemäß BaSAG gestellt wurde. Die Fälligkeit aller berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten wird auf 31. Dezember 2023 vereinheitlicht. Bis 2020 soll die Abwicklung der HETA abgeschlossen sein. Die Rückführung aller Forderungen sowie der rechtskräftige Abschluss aller offenen Rechtsstreitigkeiten sind bis Ende 2023 zu erwarten. Danach kann das Vermögen letztgültig aufgeteilt und die Gesellschaft liquidiert werden.

Bundesfinanzrahmen

26. April: Der Ministerrat beschließt den Bundesfinanzrahmen 2017 bis 2020; die Fortschreibung des österreichischen Stabilitätsprogrammes für die Jahre 2015 bis 2020 wird an die EU übermittelt.

Christian Kern

17. Mai: Christian Kern folgt Werner Fayman als Bundeskanzler.

Bundesregierung

18. Mai: Die neuen Mitglieder der Bundesregierung Sonja Hammerschmid (Bundesministerin für Bildung), Thomas Drozda (Kanzleramt, Bundesminister für Kunst und Kultur, Verfassung und Medien), Jörg Leichtfried (Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie) und Muna Duzdar (Staatssekretärin im Bundeskanzleramt) werden vom Bundespräsidenten angelobt.

Bundesfinanzrahmengesetz

Der Nationalrat beschließt das Bundesfinanzrahmengesetz 2017 bis 2020. Dieses sieht 2017 Ausgaben von 78,2 Mrd. €, 2018 von 78,8 Mrd. €, 2019 von 80,4 Mrd. € und 2020 von 83 Mrd. € vor sowie Einnahmen 2017 von 73,5 Mrd. €, 2018 von 75,6 Mrd. €, 2019 von 78,1 Mrd. € und 2020 von 80,9 Mrd. €. Für den Gesamtstaat wird nach einem Maastricht-Defizit von 1,2% des BIP 2015 ein vorübergehender Anstieg auf 1,6% für 2016 erwartet. In den Folgejahren soll das Maastricht-Defizit zurückgehen (von 1,5% des BIP 2017 auf 0,4% 2020). Nach dem strukturell ausgeglichenen Haushalt 2015 wird für 2016 mit einem strukturellen Defizit von 0,9% des BIP (unter Berücksichtigung der zusätzlichen Ausgaben für Flüchtlinge von 0,5%) und für 2017 von 1% gerechnet. Ab 2018 wird ein strukturell fast ausgeglichener Saldo prognostiziert (2018 und 2019 -0,5% des BIP, 2020 -0,4% des BIP). Die öffentliche Verschuldung, die 2015 mit 86,2% des BIP einen Höchstwert erreichte, geht von 84,3% des BIP 2016 auf 76,6% 2020 schrittweise zurück.

Kumuliert 2017/2020 werden gegenüber dem vorhergehenden Finanzrahmen zusätzlich Ausgaben für das Innenministerium von 1,2 Mrd. € (für Polizei, Grundversorgung der Flüchtlinge, Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl), für die Landesverteidigung von knapp 1 Mrd. € sowie für Integrationsmaßnahmen von 0,5 Mrd. € budgetiert (letztere beschränkt auf 2016 und 2017).

Europäische Kommission: Empfehlungen

13. Juni 2016: In den Empfehlungen der Europäischen Kommission zum nationalen Reformprogramm Österreichs 2016 mit einer Stellungnahme des Rates zum Stabilitätsprogramm Österreichs 2016 wird für 2017 das Risiko einer erheblichen Abweichung von der empfohlenen Anpassung des Defizitzieles gesehen. Um die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zu erfüllen, soll Österreich das mittelfristige Haushaltsziel einhalten, die Tragfähigkeit des Gesundheitssystems gewährleisten, das Pensionsantrittsalter an die Lebenserwartung koppeln und die budgetären Beziehungen und Zuständigkeiten der verschiedenen Regierungsebenen vereinfachen, rationalisieren und straffen. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen und benachteiligten

²⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2015", WIFO-Monatsberichte, 2016, 89(1), S. 33, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/58647>.

Menschen vorwiegend mit Migrationshintergrund ist zu erhöhen. Administrative und regulatorische Hürden für Investitionen sowie Hemmnisse für Unternehmensgründungen, insbesondere im Dienstleistungsbereich, sind abzubauen.

Die Republik Österreich und 72 Gläubiger der HETA unterzeichnen ein Memorandum of Understanding. Neben der Auszahlung von 75% des Nominales von Anleihen (Nachranganleihen: 30%) besteht für Gläubiger auch die Möglichkeit, ihre Anleihen in unverzinsten Anleihen des Kärntner Ausgleichszahlungsfonds (KAF) mit Bundesgarantie und einer Laufzeit von 13,5 Jahren zu tauschen. Gläubigern von nachrangigen Anleihen wird ein Tauschverhältnis von 2 : 1 oder eine Laufzeit von 54 Jahren geboten. Das Angebot entspricht 90% des Wertes der Forderung. Das Land Kärnten trägt 1,2 Mrd. € bei, die von der Republik in Form eines Kredites bereitgestellt werden. Für die Annahme müssen Gläubiger von 75% der Gesamtnominale der HETA-Schuldentitel zustimmen. Das endgültige Angebot soll bis September ausgearbeitet und bis Ende Oktober abgeschlossen sein.

HETA-Abwicklung

27. Mai: Der Fiskalrat bestätigt die Einhaltung der Fiskalregeln für das Jahr 2015, mit einem Rückgang des gesamtstaatlichen Defizits auf $-1,2\%$ des BIP und einem strukturell ausgeglichenen Haushalt. Der Fiskalrat sieht jedoch die Zielerreichung für 2016 und 2017 gefährdet und warnt, die Einhaltung der EU-weiten Fiskalregeln könnte "erheblich" verfehlt und der Frühwarnmechanismus der EU (Significant Deviation Procedure) ausgelöst werden.

Fiskalrat: Warnung

Der Nationalrat beschließt eine Asylrechtsnovelle. Damit erhält die Regierung das Recht, bei Überlastung des öffentlichen Dienstes Flüchtlingen künftig nur ein eingeschränktes Recht auf ein Asylverfahren zu gewähren.

Asylrechtsnovelle

24. Juni: Die Ratingagentur Moody's senkt die Bonität Österreichs von Aaa auf Aa1. Das geringe Wirtschaftswachstum erschwere mittelfristig den Abbau der hohen Staatsschulden. 2012/2015 wuchs Österreichs Wirtschaft kaum. Als Wachstumshemmnis werden die zu hohe Steuerbelastung von Arbeit, die geringe Beschäftigungsquote von Frauen und Älteren und der schwache Produktivitätszuwachs gesehen.

Rating Moody's

29. Juni: Der Rechnungshof weist in seinem Bericht zum Bundesrechnungsabschluss 2015 darauf auf erhebliche Risiken bezüglich der Bewältigung der budgetären Herausforderungen der kommenden Jahre hin.

Bundesrechnungsabschluss